

Was ist eigentlich fahrlässig?

Alex Bruckert, weshalb braucht es am 8. Februar ein Ja zu den Bilateralen und zur Ausdehnung der Personenfreizügigkeit mit Rumänien und Bulgarien?

Alex Bruckert*: Weil unsere Beziehung zur EU vor allem durch die bilateralen Verträge geregelt wird. Diese juristische Beziehung hat sich als einzig gangbare bewährt und soll nicht verlassen werden.

Die Befürworter warnen davor, dass bei einem Nein aufgrund der Guillotineklausele die Bilateralen Verträge I aufgekündigt würden. Ist das blosses Angstmacherei?

Bruckert: Es ist deshalb keine Angstmacherei, weil eine Ablehnung einer automatischen Kündigung der Bilateralen seitens der Schweiz bedeuten würde. So ist das gesetzlich festgeschrieben.



«Den Gegnern geht es darum, das ganze Beziehungsnetz Schweiz-EU in Frage zu stellen.»

Könnte die Schweiz dann den Alleingang in Europa überhaupt bewältigen?

Bruckert: Wir exportieren 60 Prozent in die EU und importieren 80 Prozent aus der EU: Ein Alleingang würde für uns eine grosse Erschwernis bedeuten und zusätzliche Arbeitslose.

Welchen Einfluss auf die Abstimmung wird die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise haben?

Bruckert: Die aktuelle Finanzmarktkrise belastet insbesondere unsere Exportwirtschaft stark. Ein zusätzliches Problem mit einem erschwerten Zugang zum EU-Markt würde die aktuelle Krise noch potenzieren. Arbeitgeber und Arbeitnehmer wären die Leidtragenden.

Die Vorlagen-Gegner bemängeln vor allem, dass zwei Vorlagen in einem Paket zur Abstimmung gebracht werden.

Bruckert: Diese Frage ist jetzt nicht mehr relevant. Dass über zwei Vorlagen gleichzeitig abgestimmt wird, beruht auf einem

Wovor muss sich die Schweiz mehr fürchten: vor der Personenfreizügigkeit oder vor der Kündigung des Abkommens? Der Befürworter der Vorlage Alex Bruckert und die Gegnerin Yvette Estermann stehen Red und Antwort.



Zwei Drittel aller Angestellten im Parkhotel Zug sind Ausländer: Auch der Österreicher David Prommegger.

BILD PHILIPP SCHMIDL

demokratisch gefällten Entscheid des Parlaments.

Die Gegner der Ausdehnung der Personenfreizügigkeit warnen vor der Zuwanderung arbeitsloser Rumänen und Bulgaren: Wird unser Land bei einem Ja von diesen Personen «überschwemmt»?

Bruckert: Bisherige Erfahrungen mit Ländern, welche die Personenfreizügigkeit bezüglich Rumänien und Bulgarien schon kennen, haben keine derartigen Probleme festgestellt.

Bei einem Nein zur Ausdehnung: Würden EU-Bürger von Seiten der Schweiz damit nicht in zwei Klassen aufgeteilt?

Bruckert: Wahrscheinlich geht es den Gegnern weniger um die konkrete Personenfreizügigkeitsausdehnung auf die beiden Länder Rumänien und Bulgarien als vielmehr darum, das ganze Beziehungsnetz Schweiz-EU wieder in Frage zu stellen.

CHRISTOPH REICHMUTH

HINWEIS

► * Alex Bruckert ist Direktor der Zentralschweizerischen Handelskammer. ◀

Yvette Estermann, weshalb sind Sie gegen die Ausdehnung der Freizügigkeit?

Yvette Estermann*: Die Schweiz braucht die Ausdehnung nicht. Es ist heute schon möglich, notwendige Arbeitskräfte aus dem Ausland zu rekrutieren. Bei einer Wirtschaftslage wie jetzt ist es fahrlässig, unseren Arbeitsmarkt für noch mehr Länder zu öffnen. Dies würde uns mehr Arbeitslosigkeit, eine unkontrollierte Zuwanderung und einen Ruin der Sozialwerke bringen.

Die Befürworter warnen davor, dass bei einem Nein die bilateralen Verträge I aufgekündigt würden. Ist das Angstmacherei?

Estermann: Bei einem Nein kann der Bundesrat die zwei Vorlagen trennen und dem Parlament einzeln vorlegen. Die Weiterführung der Freizügigkeit ist unbestritten. Die Skepsis liegt allein bei der Ausdehnung auf Rumänien und Bulgarien.

Welchen Einfluss auf die Abstimmung wird die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise haben? Estermann: Täglich erfahren

wir aus den Medien, dass sogar EU-Länder wie Spanien ihren Arbeitsmarkt in der heutigen Krise vor Zuwanderung schützen. Mehrere Länder setzen die Freizügigkeitsabkommen heute nur schlecht oder zögerlich um, darunter Dänemark, Österreich oder die Slowakei. Nur die Schweiz will ihre Grenzen für alle öffnen und hofft, dass sie damit die Wirtschaftskrise auf wundersame Weise stoppen kann.

Sie kritisieren, dass zwei Vorlagen in einem Paket zur Abstimmung kommen. Das Parlament wollte das so – können Sie diesen Entscheid nicht akzeptieren?

Estermann: Die Schweizer haben vom Bundesrat das Versprechen erhalten, bei jeder Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf neue EU-Länder die Möglichkeit einer Volksabstimmung zu erhalten. Heute bricht der Bundesrat sein Versprechen und will



«Die Weiterführung der Freizügigkeit ist unbestritten. Die Skepsis liegt bei der Ausdehnung.»

mit einem Paket beim Volk ein Ja für die Erweiterung erzwingen. Das akzeptiere ich nicht.

Wird unser Land bei einem Ja von Rumänien und Bulgaren, wie Sie warnen, «überschwemmt»?

Estermann: Niemand weiss mit Sicherheit, was passieren würde. Wir können nur auf die Erfahrungen von Italien oder Spanien zurückgreifen. Bei einem so attraktiven Land wie der Schweiz würden ähnliche Zustände entstehen.

Bei einem Nein würden EU-Bürger in zwei Klassen unterteilt.

Estermann: Rumänien und Bulgarien erfüllen nach Meinung vieler EU-Länder bis heute nicht den EU-Standard. In den Mitgliedstaaten der EU werden die Vorgaben zur Personenfreizügigkeit nur schlecht oder zögerlich umgesetzt. Warum sollte dies ausgerechnet die Schweiz tun als Nicht-EU-Mitglied?

CHRISTOPH REICHMUTH

HINWEIS

► * Yvette Estermann ist SVP-Nationalrätin und Präsidentin der SVP Luzern. ◀